

Republik ohne Kompass

Berlins Außenpolitik ist orientierungslos: Eine Positionsbestimmung deutscher Interessen tut not

von Hans-Peter Schwarz

Die westliche Gemeinschaft ist in Auflösung begriffen, unsere außenpolitische Lage kritisch. Doch nicht allein Rot-Grün, allen politischen Lagern fehlen schlüssige Konzepte für die großen Entscheidungsfragen.



Prof. Dr. HANS-PETER SCHWARZ, geb. 1934, war bis zu seiner Emeritierung Professor für Politische Wissenschaft an der Universität Bonn. Er ist Vorsitzender des Wissenschaftlichen Direktoriums des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP). Der hier abgedruckte Text ist ein Auszug aus seinem jüngsten Buch, „Republik ohne Kompass“, das im März 2005 im Verlag Propyläen erscheinen wird.

Mit dem Umbruch des europäischen Staatensystems 1989/91 und dem Beitritt der DDR war die Bundesrepublik ungeplant, wenngleich nicht ohne ihr Zutun, urplötzlich zur Zentralmacht im Europa nach dem Kalten Krieg geworden.¹ Doch noch ein gutes Jahrzehnt und länger hielt das größer gewordene Deutschland an der Staatsräson der „alten Bundesrepublik“ fest. Die von Waldemar Besson² gut herausgearbeitete Differenzierung zwischen den neuen Demokratien in Ostmitteleuropa, den so genannten MOE-Ländern, und Russland hat sich in anderen Formen fortgesetzt. Auch die „amerikanische Linie“ wurde vorerst weitergeführt, doch mit weiter verstärktem Willen „zu größerer Unabhängigkeit“. Von der rückwärts gewandten Vision deutscher Großmacht ging keine Faszination mehr aus. In Konzepten wie dem Selbstverständnis als „Zivilmacht“ hatten sich anfangs auch noch Nachwirkungen der von Besson diagnostizierten „Verschweigerung“ weit in die neunziger Jahre hinein fortgepflanzt, vor allem bei den Grünen. Dann allerdings hat Joschka Fischer entdeckt, wie die in der grünen Bewegung moussierenden antinationalen, antistaatlichen und universalistischen Impulse am elegantesten kanalisierbar sein würden: Man substituieren einfach die Staatsräson der Bundesrepublik durch eine teils erst virtuelle, teils schon im Brüsseler EU-System konkretisierte Staatsräson Europas! Damit machte er nicht nur die Grünen zur Europapartei. Zugleich verstärkte er seit 1998 in seiner Funktion als Bundesaußenminister die bereits lange zuvor stark ausgeprägte Neigung der deutschen Öffentlichkeit, den Staat des Grundgesetzes, mit Besson zu sprechen, „zum alten Eisen zu werfen“.

In diesem Punkt ist der stärkste Bruch zu dem Konzept der Staatsräson erfolgt, wie es einstmal von Friedrich Meinecke³ skizziert und später von Besson konkretisiert worden war. Auch in der alten Bundesrepublik war der „funktionsfähige westeuropäische Regionalismus“ bereits eine wichtige Leitlinie bundesdeutscher Außenpolitik gewesen, doch noch nicht die allein dominierende. Das markant utopische Programm der Europabewegung in den frühen fünfziger Jahren, dem sich anfangs nicht einmal der realistische Adenauer verschlossen hatte, hatte zwar die europäische Grundorientierung der Bonner Demokratie auf Dauer ausgerichtet, war allerdings doch bald von größerer Nüchternheit abgelöst worden, auch bei Adenauer selbst. Die Bereit-

¹ Hans-Peter Schwarz: *Die Zentralmacht in Europa. Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne*, Berlin 1994.

² Waldemar Besson: *Die Außenpolitik der Bundesrepublik. Erfahrungen und Maßstäbe*, München 1970.

³ Friedrich Meinecke: *Die Idee der Staatsräson in der neueren Geschichte*, München 1929 (1924).

schaft, den Staat des Grundgesetzes in „die Vereinigten Staaten von Europa“ zu überführen, wurde zwar eine unter mehreren Tendenzen in der seinerzeitigen Bundesrepublik, aber nicht die einzige. Doch die vielen Vorteile der europäischen Integrationspolitik waren offensichtlich, zudem erinnerte man sich noch sehr gut an den unbekömmlichen Größenwahn der Jahre vor 1945, und so gewöhnte sich die politische Klasse der damaligen Bundesrepublik bald daran, die eigenen Wünsche nur mit Zurückhaltung in die europäischen Entscheidungsprozesse einzubringen.

Manchen ging das zu weit. Schon Mitte der sechziger Jahre diagnostizierten kritische Analytiker eine ausgeprägte Neigung der deutschen Öffentlichkeit, derzufolge „selbst die normale Vertretung deutscher Interessen, jedenfalls für die Deutschen, bedenklich sei“. Johannes Gross, der dies 1967 konstatierte, fügte hinzu: „Es bedurfte eines alten Mannes wie Adenauer, der weder an der deutschen Ideologie noch an ihrem Zusammenbruch beteiligt gewesen war, um einige Staatlichkeit und Vertretung außenpolitischer Interessen wieder zu organisieren“.⁴ Eben diese nüchterne Staatsräson einer demokratischen Industriegesellschaft gewöhnte die anfangs desorientierten Deutschen an die Demokratie des Grundgesetzes, doch auch an die völlig neuen Bedingungen des internationalen Systems. Unbeschadet der weltweiten atlantischen und westeuropäischen Integration, unbeschadet auch der vernünftigen Öffnung nach Osten hin und zur Dritten Welt, prosperierte die „alte“ Bundesrepublik als „der in seiner Modernität stabilste Staat Europas“,⁵ weil sie den atavistischen Nationalismus hinter sich gelassen hatte, ohne aber die eigene staatliche Identität prinzipiell in Frage zu stellen.

Indem sich die Bundesrepublik seit den achtziger Jahren und in noch rasanterem Tempo in den neunziger Jahren vorwiegend europäisch definierte, hat sich, anfangs unmerklich, doch bald zusehends deutlicher erkennbar, ein doppelter Vorgang mit weitreichenden Folgen vollzogen. Zum einen verloren große Teile der deutschen Öffentlichkeit, die ökonomischen Eliten zuvorderst, gewissermaßen den Kompass der eigenen Staatsräson. Seit 1949 hatte sich die Bundesrepublik zwar als „offene Republik“⁶ verstanden und von der im Grundgesetz vorgesehenen Möglichkeit der Souveränitätsabgabe kräftigen Gebrauch gemacht, ohne aber deshalb das Prinzip der Selbstbestimmung im eigenen Staat aufgeben zu wollen. Diese Dialektik wurde nun mehr und mehr zugunsten europäischer Offenheit aufgelöst. Damit entfernte sich das Land von den Anfängen, in denen der deutsche Kernstaat im Westen nochmals eine wirtschaftliche und politische Spätblüte erreicht, dabei zugleich aber die westlichen Gemeinschaften integrativ und kooperativ vorangebracht hatte. Guten Willens zwar, aber ohne genau nach rechts und links zu schauen, geriet das wiedervereinigte Deutschland damit zugleich auf einen neuen deutschen Son-

Guten Willens geriet das wiedervereinigte Deutschland auf einen neuen deutschen Sonderweg in der EU.

⁴ Johannes Gross: *Die Deutschen*, München 1971 (1967), S. 274.

⁵ Rüdiger Altmann: *Der wilde Frieden. Notizen einer politischen Theorie des Scheiterns*, Stuttgart 1987, S. 90.

⁶ Der Terminus wurde von Dieter Oberndörfer mit prononciert euro-föderalistischem Akzent in die Diskussion eingeführt (*Die offene Republik. Zur Zukunft Deutschlands und Europas*, Freiburg 1991). Auf seine Weise hat auch Wolfgang Wessels die Entwicklung analytisch erfasst (*Die Öffnung des Staates. Modelle und Wirklichkeit grenzüberschreitender Verwaltungspraxis 1960-1995*, Opladen 2000).

derweg in der EU, deren Partner größtenteils nicht bereit sind, ihre jeweilige Staatsräson an der Garderobe zum Europäischen Rat und zur EU-Kommission abzugeben. Vor allem in den neunziger Jahren hat sich das wiedervereinigte Deutschland leidenschaftlich der Vision eines Quasi-Bundesstaats Europa verschrieben. Die rot-grüne Bundesregierung hat dem „Projekt Europa“

Muss man schon
konstatieren: „Deutschland
ist kein Staat mehr?“

schließlich ganz ungeniert das Fernziel unterlegt, daraus eine Weltmacht zu machen. Was von Besson Ende der sechziger Jahre noch mit gebotener Vorsicht skizziert worden war, dass „vielleicht in Jahrzehnten auch einmal eine gemeinsame politische Autorität möglich sein würde“⁷ – dieser Moment schien nun gekommen.

Die Sache hatte natürlich ihren Preis, der darin bestand, immer weitreichendere Souveränitätsrechte des eigenen Staates teils wohlmeinend, teils unachtsam zur Disposition zu stellen und von den europäischen Partnern zu erwarten, sie möchten sich genauso verhalten. In diesem Punkt ist der stärkste Bruch zu dem früheren Konzept der Staatsräson erfolgt. Staatsräson setzt voraus, dass die Eliten eines Staatsvolks entschlossen sind, unbeschadet aller Kooperation und Integration den eigenen Staat, mit Friedrich Meinecke zu sprechen, „in Gesundheit und Kraft zu erhalten“. Hätte man die Entwicklung der deutschen Außenpolitik im Schwellenjahr 2000 zu beschreiben gehabt, so wäre man zur Schlussfolgerung gelangt, die Bundesrepublik sei in der Tat auf bestem Wege, den Souveränitätstransfer vom Staat des Grundgesetzes nach Europa unumkehrbar zu machen. Fröhlich wurde das neuartige, ambitionierte EU-System von einer großen Mehrheit deutscher Akteure, die etwas zu sagen hatten, als eine Art Rutschbahn begriffen, auf der mehr und mehr Kernbereiche nationaler Souveränität nach Brüssel expediert und den teils quasiföderativen, teils kooperativen Gremien Europas übertragen würden. Joschka Fischer hat das schon vor seinem Aufstieg an die Spitze des Auswärtigen Amtes mit großer Klarheit formuliert: „Nationale Interessenpolitik als Maßstab deutschen Verhaltens gegenüber den Mühen, den Lasten und den Aufgaben der europäischen Integration, dies scheint mir die falsche Konsequenz zu sein.“⁸

Muss man schon konstatieren: „Deutschland ist kein Staat mehr?“ Mit diesen Worten hatte Hegel im Jahr 1800 in der Umbruchphase der Revolutionskriege das verfassungsrechtliche Trümmerfeld des „alten Reiches“ registriert.⁹ Damals wurde sichtbar, dass die monströse Konstruktion des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, die fast so kompliziert war wie die heutige EU, wenngleich natürlich ganz anders, den außerdeutschen Großmächten – Frankreich, England, Russland – und dem Sog des Wandels nicht mehr gewachsen war. Soweit ist es noch nicht. Kann man aber noch sinnvoll von „Staatsräson“ sprechen, wenn der klassische Staat der Neuzeit in ein völlig neues Aggregatsystem überführt wird?

Doch die Illusionen des Jahres 2000 sind bereits wieder verweht. Schon wieder hat sich die internationale Szenerie stark verändert. Die Lage

⁷ Waldemar Besson (Anm. 2), S. 448.

⁸ Joschka Fischer: *Die Selbstbeschränkung der Macht muss fortbestehen*, Vortrag am 8.6.1989, in: Karl Kaiser, Hrsg.: *Zur Zukunft der deutschen Außenpolitik*, Bonn 1998, S. 78.

⁹ G.W.F. Hegel: *Die Verfassung Deutschlands*, in: *Werke in zwanzig Bänden*, Bd.1: Frühe Schriften, Frankfurt am Main 1971, S. 461.

Deutschlands und Europas ist gewissermaßen in ein neues Licht getaucht – das fahle Licht des frühen 21. Jahrhunderts. Die Hoffnung hat getrogen, den veralteten Kompass „Staatsräson“ durch ein ganz neuartiges, noch ungetestetes, hochkompliziertes supranationales Navigationssystem zu ersetzen. Der Kompass ging, um im Bilde zu bleiben, nicht verloren, wurde vielmehr ins historische Museum gegeben. Jetzt aber zeigt sich, dass das vielleicht doch voreilig war.

Wie zumeist, wenn der Strom der Geschichte mit unvorhergesehener Eigenwilligkeit eine neue Richtung einschlägt, sind es unvorhergesehene Ereignisse, die zu neuem Nachdenken zwingen. „*Events, dear boy, events*“, hat Premierminister Macmillan einstmals geseufzt, als er nach seinen schwierigsten Prüfungen gefragt wurde, mit denen er in Downing Street No.10 fertig zu werden hatte. Die *events* sind immer noch in aller Munde: der 11. September 2001, Amerikas hochgradig erregte Reaktion, seine Feldzüge an der Spitze einer Koalition der Willigen nach Afghanistan, dann nach dem Irak, das große transatlantische Zerwürfnis im fatalen Jahr 2003, das Auseinanderfallen der 25 EU-Regierungen in eine eher proamerikanische Mehrheit und eine eher amerikakritische Minderheit, die quer durch Europa verlaufende Entfremdung breiter Wählermehrheiten von Amerika und die entsprechende Stimmung in den USA gegenüber Frankreich und Deutschland, die Condoleezza Rice nach den Krächen im UN-Sicherheitsrat den viel zitierten Ausspruch tun ließ: „Frankreich bestrafen, Deutschland ignorieren und Russland verzeihen.“

Zu den eher unerwarteten *events* gehört auch das Auftreten von Persönlichkeiten, mit denen in den frühen neunziger Jahren eigentlich niemand gerechnet hatte: die Ablösung des lockeren, vergnügten Saxophonspielers und Internationalisten Bill Clinton durch den frommen, unilateralistischen und im altvertrauten texanischen Stil zulängenden Rechtsrepublikaner George W. Bush, das Auftauchen des terroristischen Islamisten Bin Laden, die Etablierung des charismatischen Tony Blair in Downing Street No. 10, der zugleich proeuropäisch und proamerikanisch ist, das verbunden mit einer globalen Interventionsbereitschaft, die in manchem an den einstigen Premier Gladstone erinnert, der England reformiert und, am hohen Wertehimmel orientiert, in Übersee interveniert hat. Auch in Deutschland haben ganz neue Leute das Sagen. Nachdem Gerhard Schröder 1993 gegen Scharping gescheitert und dann von Lafontaine beiseite gedrückt worden war, schien es kaum mehr zu erwarten, dass er 1998 zusammen mit Joschka Fischer mit der Bundesrepublik Achterbahn fahren würde. Dies alles *events* der besonderen Art.

Es gab aber noch weitere *events*, die sich zwar schon länger abzeichneten, aber erst in den vergangenen zwei bis drei Jahren ins Bewusstsein einer breiten Öffentlichkeit eingesickert sind: die Malaise aufgrund der Entdeckung, dass Deutschland tatsächlich ein Sanierungsfall ist, von dem nur die Regierung und deren Claqueure sagen, man dürfe das Land „nicht schlecht reden“; die zunehmende Skepsis gegenüber der Behauptung, die Verknüpfung uferloser Erweiterung der EU mit gebotener Vertiefung könne gelingen und sei im deutschen Interesse; der emotionale Abwehrreflex gegen Amerika; der Schock deutscher Landratten, die sich, dunkler Vorahnungen voll, in die

Manchem dämmert: Vielleicht wäre es doch nicht verkehrt, die deutsche Staatsräson wieder zu entdecken.

ferne weltpolitische Krisenregion des großen Mittleren Ostens hineingestoßen sehen und zu allem hin ihr Heil auch noch in einer Aufnahme der Türkei in die EU finden sollen, nachdem niemand so recht weiß, wie die schon hierzulande lebende, noch überschaubare Minderheit junger Türken vernünftig integriert werden könnte.

Unsere EU-Partner betreiben primär auf den eigenen Staat bezogene Interessenpolitik.

Dies alles erklärt die Orientierungslosigkeit heutiger deutscher Außenpolitik und lässt für die Zukunft wenig Gutes erwarten.

Unter diesen Bedingungen beginnt es manchen ganz langsam zu dämmern, dass es vielleicht doch nicht ganz so verkehrt wäre, die deutsche Staatsräson wieder zu entdecken. Doch ist eine Neubesinnung auf gewisse Grundsätze und Maximen der vergessenen Staatsräson noch möglich? Und wie wären diese zu bestimmen? Der Begriff Staatsräson und die Sache selbst sind zu unrecht vergessen worden. Drei Beobachtungen lassen das erkennen. Erste Beobachtung: Die meisten Regierungen außerhalb der EU lassen sich, wie bereits erörtert, von Beweggründen des nationalen Interesses leiten. Diese werden zwar jeweils subjektiv definiert und sind häufig inkonsistent. Maßgeblich aber ist das Bestreben, wie eingangs in den Worten Meineckes formuliert, „den Staat in Gesundheit und Kraft zu erhalten“. Anstelle von „Staat“ mag man setzen: die im Staat konstituierte Gesellschaft, die Interessen der Staatsbürger, deren Identität und deren Prosperität. Jedenfalls wird in diesem Verständnis die Partikularität des jeweils eigenen Staates über die Interessen anderer Partikularitäten gesetzt. Man denkt dabei in erster Linie an die großen Mächte: Amerika, China, Japan, Indien, Russland. Doch von den Mittelmächten und Kleinstaaten wird das recht ähnlich gesehen.

Die zweite Beobachtung lässt sich beim Blick auf die EU-Partner machen. Würden wir sie so mitleidlos und scharf beobachten wie wir uns das den USA gegenüber angewöhnt haben, wäre unschwer zu erkennen, dass sie primär auf den eigenen Staat bezogene Interessenpolitik betreiben. Zwar erfolgt, wie schon erörtert, im System der Europäischen Union eine Bündelung der einzelstaatlichen Interessen, die schon sehr weit geht. Die EU besitzt einen qualitativ anderen Aggregatzustand als alle internationalen Organisationen. Dennoch halten die Großen wie die Kleinen an Kernbeständen ihrer Souveränität fest – die Kleineren, weil sie nicht im großen Brei eines von ihnen aus völlig unsteuerbaren Superstaats untergehen möchten, die Großen, weil ihre Eliten wissen, dass die Größe viele Vorteile bringt. Außen- und Verteidigungspolitik, Sozial- und Steuerpolitik, aber auch die Grundentscheidungen zum mehrjährigen Finanzrahmen der EU bleiben zunächst dem einzelstaatlichen Veto unterworfen. Natürlich liegt den Staaten Europas besonders daran, die Selbstbestimmung in den Fragen von Krieg und Frieden zu behalten – oder wenigstens die Illusion der Selbstbestimmung. Auch von Illusionen lässt sich psychologisch gut leben, sofern sie nicht in Krisen getestet werden.

Sollte der Verfassungsvertrag tatsächlich die Hürden der Referenden nicht reißen, wird die EU weiterhin als unverzichtbares, im Wortsinn zwingendes Korsett integrierter und kooperativer Zusammenarbeit fungieren, aber nicht mehr, wie man das in Deutschland gerne gesehen hätte, als „unvollendeter Bundesstaat“, den zu vollenden jedermann aufgerufen ist. Anders formuliert: Die meisten unserer Partner in der EU (Luxemburg und Belgien mögen eine

Ausnahme von dieser Regel sein) betrachten immer noch die Interessen ihres eigenen Staates als erstrangig, die der EU mitsamt den Problemen ihres Ausbaus als zweitrangig. Für sie alle ist der eigene Staat, pointiert formuliert, gleichzeitig eine Herzenssache und eine Verstandessache, die EU nur eine Verstandessache.

Es bleibe hier unerörtert, weshalb die Deutschen anders sind und, genau besehen, auf den Bau Europas viel mehr politische Energie, *goodwill* und kreative Phantasie verwenden als auf die Frage, wie man den eigenen Staat und dessen Bürger in der EU möglichst vorteilhaft platzieren könnte. Jedenfalls wird die deutsche politische Klasse von dem Problem nicht besonders stark umgetrieben, wie Deutschland, unbeschadet guten Europäertums, doch die eigene Identität bewahren könnte, wozu auch ein Optimum an politisch-verfassungsrechtlichem Bewegungsspielraum im eng geschnürten EU-System gehört. Formulieren wir es pointiert: Europa bauen, die deutsche Staatsräson eher vergessen, das ist schon seit einigen Jahrzehnten der neue deutsche Sonderweg. Sonderwege sind uns in der jüngeren Geschichte aber noch nie zum Heil ausgeschlagen. Republik ohne Kompass? Unsere Analyse verschiedenster Felder zeitgenössischer deutscher Außenpolitik hat immer wieder auf diesen Kernpunkt zurückgeführt.

Die dritte Beobachtung ist genauso wichtig, vielleicht sogar die wichtigste. Alle Mitglieder der EU sind Demokratien. Empirische moderne Demokratien sind aber bisher nur in Staaten entstanden, nicht in internationalen Organisationen oder supranationalen Gemeinschaften. Seitens des Europäischen Parlaments wird zwar mit nimmermüder Beharrlichkeit die These verkündet, es gelte ja nur, dem Parlament die Rechte eines nationalstaatlichen Parlaments zu verleihen, dann sei das Demokratiedefizit behoben. Das Europäische Parlament hat zwar in dem Verfassungsvertrag mehr Zuständigkeiten erhalten. Tatsächlich aber ist darin der Europäische Rat als oberstes Entscheidungsgremium fester denn je etabliert. So hat die von Ralf Dahrendorf mit großer Klarheit (manche sagen: mit konstanter Bosheit) immer wieder entwickelte These weiterhin viel Plausibilität für sich, „dass alles, was in Europa entschieden wird, demokratischer Kontrolle entzogen ist. Mehr Europa heißt immer auch weniger Demokratie“.¹⁰

Nach dem Grundgesetz sollen deutsche Außenpolitiker vor allem dem Wohl des deutschen Volkes dienen.

Es gäbe also auch für das völkerrechtlich nach wie vor souveräne Deutschland gute Gründe, eine „wohlverstandene Staatsräson“¹¹ wieder zu entdecken. Wie bei den meisten EU-Partnern müsste diese eher im Hintergrund wirksam sein, unprovokierend, europäisch orientiert, und wäre überhaupt gegenüber den Normen der Staatengesellschaft sehr verbindlich zu formulieren. Schließlich ist das Grundgesetz „eine sehr völkerrechtsfreundliche Verfassung“.¹² Doch die deutschen Repräsentanten müssten es schon wieder lernen, klarer und nachdrücklicher davon zu sprechen als sie dies seit langem gewohnt sind. In der vergesslichen Öffentlichkeit pluralistischer Demokratien

¹⁰ Ralf Dahrendorf, *Die Zukunft der repräsentativen Demokratie*, in: *Der Wiederbeginn der Geschichte*, München 2004, S. 280.

¹¹ Friedrich Meinecke (Anm. 3), S. 538.

¹² „Straßburg ist kein oberstes Rechtsmittelgericht“: Gespräch mit dem Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Hans-Jürgen Papier, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 9.12.2004, S. 5.

pflegen sich erfahrungsgemäß nur Grundsätze zu halten, auf welche die Regierung, die Parteien, die Wissenschaft und die Medien beharrlich aufmerksam machen. Das gilt auch für die Staatsräson.

Vorsichtig beginnt man in der CDU von Patriotismus zu sprechen – bisher eher gefühlig

In welchem Geist das zu praktizieren und zu artikulieren wäre, wird im Artikel 56 des Grundgesetzes in Erinnerung gerufen. Dort ist der Amtseid formuliert, auf den der Bundespräsident, der Bundeskanzler und die Bundesminister – eventuell auch ohne religiöse Beteuerung – feierlich verpflichtet werden: „Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.“

Demnach hätten die höchsten deutschen Außenpolitiker vor allem anderen dem Wohl des deutschen Volkes zu dienen, also einer partikulären Größe, sie sollten – durchaus eigennützig, zuerst einmal unaltruistisch – in erster Linie darauf bedacht sein, dessen Nutzen zu mehren, sie hätten dessen innere und äußere Sicherheit zu gewährleisten (beides schon lange nicht mehr voneinander zu trennen), auch dessen Identität. Dies alles aber auf dem rechtsstaatlichen Boden des Grundgesetzes. Anders als die Staatsräson vordemokratischer und undemokratischer Staaten darf also die Staatsräson der Demokratie des Grundgesetzes nicht ohne peinliche Beachtung der Grundrechte, der demokratischen Verfahrensregeln, auch des Völkerrechts international wirksam werden. Wie die Worte „wahren und verteidigen“ andeuten, muss die Staatsräson einer Demokratie wachsam und vorsichtig bleiben, notfalls auch Härte aufweisen. Aber sie ist ans Recht gebunden. Und die religiöse Beteuerung der Eidesformel verweist auf das, was man gerne die vorkonstitutionellen Werte und Fundamente der Verfassung nennt.

Politisches Handeln, auch die Außen- und Europapolitik, vollzieht sich in einer durchaus bedingten Welt. Angesichts der Zielkonflikte und des täglich spürbaren Druckes aus dem Binnenbereich des eigenen Landes oder von außen sind Politiker der Dauerversuchung ausgesetzt, sich dezisionistisch zu verhalten und zu vergessen, wem sie letztlich verantwortlich sind. Das gilt ganz besonders in den verwirrenden Dimensionen der Außenpolitik. Könnte, sollte nicht die im eben skizzierten Sinne „wohlverstandene Staatsräson“ den Kompass abgeben, dessen Fehlen hierzulande und auch unter den internationalen Partnern Deutschlands viele irritiert?

Das Thema liegt in der Luft. Durch die gegenwärtige Orientierungskrise bedingt, sind derzeit wieder tastende Annäherungen an dieses Selbstverständnis zu registrieren. Vorsichtig beginnt man in der CDU vom Patriotismus zu sprechen, allerdings bisher eher gefühlig, somit ziemlich unverbindlich. Wäre es der CDU wirklich Ernst mit der Wiederentdeckung deutscher Interessen und der deutschen Nation, dann wäre schon deutlicher herauszuarbeiten, dass der Patriotismus oberste Bezugsgrößen hat: Deutschland als Staat unter dem Grundgesetz und als Leistungsgemeinschaft im internationalen Wettbewerb, desgleichen das deutsche Volk (Staatsvolk, Schicksalsgemeinschaft, Sprach- und Kulturgemeinschaft, Solidaritätsgemeinschaft). Die CDU käme dann auch nicht umhin zu artikulieren, was das in Bezug auf die EU bedeuten sollte: Europa als weiterhin hervorragend wichtiges, aber doch der

wohlverstandenen deutschen Staatsräson logischerweise nachgeordnetes Interesse. Funktionales Verständnis der EU, aber nicht mehr die Fata Morgana des „unvollendeten Bundesstaats“ Europa.

Genauso im Unverbindlichen bleibt Bundeskanzler Schröder, wenn er den „deutschen Weg“ proklamiert. Ist das eine Fortentwicklung des „Modells Deutschland“ – „dritter Weg“ eines Sozialdemokraten vom rechten Parteiflügel, der den eigenen Standort einstmals als „neue Mitte“ bezeichnete? Ist es ein Catch-Wort, um den im emotionalen Aufruhr gegen Amerika befindlichen Nationalpazifismus aufzufangen? Sucht dieser mit feinem Gespür für die Massenpsychologie ausgestattete Kanzler damit das vage Empfinden seiner Wähler anzusprechen, die einerseits vom Sog der Globalisierung in Furcht und Schrecken versetzt sind, sich aber andererseits in dem undurchsichtigen System der 25-EU gleichfalls nicht mehr mental zurechtfinden? Jedenfalls ist das Thema Staatsräson dabei, sich Akteure zu suchen, die es glaubhaft, präzise, doch auch international akzeptabel artikulieren.

Als Albert Einstein eines Tages Aufsicht bei einer Klausur führte, bemerkte einer der Studenten: »Herr Professor! Das sind ja dieselben Aufgaben wie im letzten Jahr!« Einstein entgegnete ihm gelassen: »Das ist schon in Ordnung. In diesem Jahr lauten die Antworten anders.«

mc-quadrat

Strategien für Märkte | Kommunikation für Marken

Liniestraße 98 | 10115 Berlin
Tel.+49 30 28 87 47 0 | Fax+49 30 28 87 47 77
www.mc-quadrat.com